

Stroh und Schweine: 92 % fordern dringend bessere Tierhaltung!

Am 8. April 2025 fordert der VGT verpflichtende Stroheinstreu für Schweine. 92% der Bevölkerung unterstützen die Initiative.



Österreich - Der Tierschutz in der Schweinehaltung steht im Fokus, insbesondere die dringende Forderung nach einer verpflichtenden Stroheinstreu. Laut **ÖkoNews** unterstützen beeindruckende 92 % der Bevölkerung diese Initiative, die besonders durch den Verein gegen Tierfabriken (VGT) forciert wird. Der VGT hat in einer umfassenden Aktion Pakete mit Stroh an wichtige politische Entscheidungsträger:innen verschickt, um deren Verantwortung im Rahmen der bevorstehenden Änderungen des Tierschutzgesetzes zu verdeutlichen.

Der Verband macht deutlich, dass Stroh nicht nur die Lebensqualität der Schweine verbessert, indem es ihnen weiche Liegeplätze ermöglicht und Manipulationsmöglichkeiten bietet,

sondern auch gesundheitliche Vorteile bringt. Die Stroheinstreu hilft, das Einatmen schädlicher Ammoniakgase aus der Güllegrube zu reduzieren. Eine Entscheidung über die neuen Bestimmungen zu Vollspaltenboden und Stroheinstreu ist bis Ende Mai 2025 zu erwarten, da die Aufhebung der bestehenden Regelung des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) am 1. Juni in Kraft tritt.

Die Rolle des Verfassungsgerichtshofs

Der VfGH hat in seiner Beurteilung klargestellt, dass die 17-jährige Übergangsfrist für die Haltung von Schweinen in unstrukturierten Vollspaltenbuchten als unangemessen lang angesehen wird. Ab 1. Juni 2025 tritt die Bestimmung im Tierschutzgesetz, die diese Frist festlegte, außer Kraft. Das Ziel der Gesetzesänderung, die im Nationalrat beschlossen wurde, ist es, ab 2040 unstrukturierte Vollspaltenbuchten in der Schweinehaltung zu verbieten, um tiergerechtere Haltungsbedingungen zu fördern.

Bevorzugt wird das Verbot ohne Ausnahmen, welches für alle neuen Anlagen bereits seit 1. Januar 2023 gilt. Diese Maßnahmen, so der VfGH, sollen den Druck auf die Schweinehaltung erhöhen und die Bedingungen nachhaltig verbessern. Der VGT-Obmann DDr. Martin Balluch hebt hervor, dass die aktuellen Regelungen nur den unstrukturierten Vollspaltenboden ohne Übergangsfrist betreffen und eine verbindliche Regelung zur Stroheinstreu sowie mehr Platz für die Tiere unerlässlich sind.

Ein wachsendes Bewusstsein

Der VGT berichtet von einem wachsenden öffentlichen Bewusstsein bezüglich Vollspaltenboden als Beispiel für Tierquälerei, ein Thema, das bis 2019 kaum bekannt war. Die Proteste gegen diese Praxis sind in den letzten Jahren erheblich angestiegen. So gab es im Jahr 2024 bereits 467 Protestaktionen, und bis zum 1. Juni 2025 sind 99 weitere

Aktivitäten geplant. Diese Zahlen verdeutlichen den sozialen Druck, der auf den politischen Entscheidungsträger:innen lastet, um geeignete Maßnahmen zur Tierhaltung zu ergreifen.

Die Forderungen des VGT, die bis 2033 einen doppelten Platz pro Tier und verpflichtende Stroheinstreu für alle Schweinebetriebe umfassen, haben klare Unterstützung durch die öffentliche Meinung gefunden. Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2023 ist die Mehrheit der Bevölkerung für die Umsetzung dieser Maßnahmen, was den Verantwortlichen in der Politik weiteren Handlungsbedarf signalisiert.

In dieser Situation ist es entscheidend, dass die politischen Entscheidungsträger:innen schnell reagieren und die notwendigen Änderungen im Tierschutzgesetz vorantreiben. Das Wohl der Tiere liegt in der Verantwortung der Politik, und der Druck der Öffentlichkeit könnte entscheidend sein für ein Ende der veralteten Haltungspraktiken in der Schweinehaltung.

Details	
Vorfall	Tierschutz
Ort	Österreich
Quellen	• www2.oekonews.at • vgt.at • www.vfgh.gv.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at